

«Ich fürchte um den Frieden in der Schweiz»

von J. Büchi - Doris Fiala (FDP) zeigt sich besorgt über den Hass, der Flüchtlingen in der Schweiz teilweise entgegenschlägt. Sie fordert ein rasches Handeln.



Doris Fiala (FDP) leitete im Euoparat zwei Jahre lang die Subkommission für Flüchtlingswesen. (Bild: Keystone/Martin Ruetschi)

Frau Fiala, der Aargauer Toni Locher – seines Zeichens Honorarkonsul in Eritrea – sagte kürzlich in einem Interview, kein Eritreer sei in seiner Heimat bedroht. Vielmehr träumten die Flüchtlinge vom «Konsumparadies Europa, wo alle das neueste Handy haben». Sie widersprechen vehement.

Ich frage mich, ob sich Herr Locher bewusst ist, was er mit dieser Aussage auslöst. Die Stimmung in der Schweiz gegenüber den Flüchtlingen ist ohnehin schon aufgeheizt. Mit solchen Behauptungen giesst er zusätzlich Öl ins Feuer. Ich habe Fragezeichen, ob Herr Locher in seiner Funktion – er ist quasi Teil des Regimes – einen neutralen und interessensfreien Blick auf die Situation hat.

Zur Person

Doris Fiala ist FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Zürich und sitzt in der Aussenpolitischen Kommission. Im Europarat präsidiert sie zudem die Schweizer Delegation und leitete zwei Jahre lang die Subkommission für Flüchtlingswesen. Immer wieder besucht sie persönlich Flüchtlingslager, so etwa in Jordanien, der Türkei, Griechenland und Frankreich.

Tatsache ist: Fachleute sind sich nicht einig, ob die Eritreer politisch verfolgt oder doch Wirtschaftsflüchtlinge sind.

Über das Thema wird sehr kontrovers berichtet. Es gibt aber kein einziges Land in Europa, das die Eritreer in ihre Heimat zurückschickt. Auch Dänemark nicht, obwohl dies gewisse Leute immer wieder behaupten. Dies hat auch der Bundesrat in einer Vorstoss-Antwort nochmals bekräftigt. Die UNO berichtet eindrücklich, dass die Diktatur in ihrer Heimat zu Hinrichtungen ohne Gerichtsurteile, zu Verschleppungen und Folter greift. UNO-Berichte erscheinen mir wesentlich glaubwürdiger als die Aussagen von Einzelpersonen, deren Eigeninteresse ich nicht kenne.

Dann muss die Schweiz Ihrer Meinung nach also im Zweifelsfall einfach alle Flüchtlinge aus Eritrea aufnehmen?

Nein, ich bin keinesfalls dafür, all diese Menschen definitiv aufzunehmen. Solange es aber keine zuverlässigen Gegenberichte gibt, müssen wir ihnen zumindest vorläufig Schutz gewähren. Natürlich erwarte ich von unserer Regierung, dass sie laufend überprüft, ob eine Rückführung möglich ist.

Derzeit gibt es allerdings keine Anzeichen dafür, dass sich an der Praxis der Schweiz etwas ändern könnte. Unsere Asylstrukturen werden irgendwann an ihre Grenzen stossen.

Die Situation in den Kantonen ist angespannt, aber unter Kontrolle. Das wird gemäss Aussagen von Verantwortlichen auch so sein, wenn der Ansturm noch weiter anhalten sollte. Während der Sri-Lanka-Flüchtlingswelle und während des Balkan-Krieges haben wir weit über Hunderttausend Menschen untergebracht.

Der Aargau muss aufgrund von Kapazitätsengpässen bereits Armeezelte aufstellen, um seine Flüchtlinge unterzubringen. Andere Kantone weichen auf Hotels und Klöster aus.

Fakt ist, dass die Zahl der Asylunterkünfte im letzten Jahrzehnt unter Justizminister Christoph Blocher reduziert wurde. Diese Kapazitäten fehlen jetzt. Aus meiner Sicht ist eine temporäre Unterbringung in Zelten kein Problem. Wer an Leib und Leben bedroht ist, wird gerne eine Zelt-Unterbringung akzeptieren. In der Türkei wohnen 250'000 Flüchtlinge in Zelten und Containern. Und unsere Soldaten machen das schliesslich auch.

Aus dem französischen Calais erreichen uns Bilder von Flüchtlingen, die in einer Art Slum hausen, teils ohne fliessendes Wasser und Strom. Droht ein solches Szenario irgendwann auch in der Schweiz, wenn der Flüchtlingsstrom nicht abreisst?

Natürlich gäbe es irgendwann eine Grenze, nach der auch eine gut organisierte Regierung nicht mehr in der Lage wäre, zusätzliche Unterkünfte zu organisieren. Wir müssen deshalb dafür sorgen, dass diese Grenze nie erreicht wird. Bei 60 Millionen Flüchtlingen weltweit kann es so oder so nur eine globale Lösung geben. Die europäischen Staaten müssen sich auf einen gerechten Verteilschlüssel einigen. Die Schweiz leistet finanziell und proportional zur Landesgrösse schon sehr viel und kann die Welt sicher nicht im Alleingang retten. Und es braucht vernetzte und international koordinierte Massnahmen, damit die Leute in ihre Herkunftsregionen zurück können.

Wie stellen Sie sich das vor?

Im Fall von Eritrea könnte man beispielsweise mit finanziellen Anreizen arbeiten: Wenn das Regime kontrollierbar garantiert, dass zurückkehrende Flüchtlinge nicht an Leib und Leben bedroht sind, könnte eine für Eritrea attraktive Migrationspartnerschaft aufgebaut werden. Was die Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika angeht, ist die Armutsbekämpfung weiterhin das wichtigste Ziel. Wir müssen direkt in die Bildung und auch in die Berufsbildung investieren, damit die Menschen dort eine Zukunft haben. All diese Massnahmen befreien uns aber nicht davon, darüber nachzudenken, wie wir in der Schweiz mit den Personen umgehen, die vorübergehend in unserem Land Schutz suchen. Es bereitet mir grosse Sorgen, mit wie viel Wut eine nicht unbedeutende Zahl unserer Bürger den Flüchtlingen begegnet.

Von welcher Art von Wut sprechen Sie?

Ich stelle eine wachsende Tendenz zu Rassismus fest, den wir so zuvor nicht gekannt haben in unserem Land. Leserbriefe und Einträge in den sozialen Medien sind teilweise unglaublich aggressiv formuliert. Sie strotzen vor Abneigung und Angst. Dabei kommt die Kritik meist von Leuten, die selbst gar nie in Kontakt mit Asylbewerbern kommen. Ich fürchte daher nicht nur um unsere humanitäre Tradition, sondern auch um den inneren Frieden der Schweiz.

Wer ist verantwortlich für die negative Stimmung? Hat die Politik zu lange weggeschaut?

Ja, da bin ich selbstkritisch. Die Mitteparteien und das linke Lager überliessen das Feld jenen, die seit Jahren teilweise Stimmung gegen Flüchtlinge und Ausländer machen. Wir sind bereits so weit, dass diese Kreise die Menschenrechtskonvention in Frage stellen können, ohne dass bis jetzt aktiv dagegengehalten wird. Wir brauchen couragierte Politiker, die auch im Wahljahr auf die Hinterbeine stehen.

Also alles nur eine Frage der Kommunikation? Hat die Wut dieser Menschen keine realen Grundlagen?

Doch, teilweise schon. Kürzlich kontaktierte mich ein älterer Herr, der früher als Maurer gearbeitet hat und nun im Alter Ergänzungsleistungen erhält. Er klagte mir, er müsse alle zwei Jahre «die Hosen runterlassen» und den Behörden alles offenlegen, damit er diese Unterstützung weiterhin bekomme. Die Flüchtlinge hingegen kämen hierher und bekämen ohne Gegenleistung eine Unterkunft und genug zu essen und hätten sofort ein Handy. Ich verstehe, wenn das einem, der sein Leben lang gekrumpelt hat und doch finanziell nicht auf Rosen gebettet ist, sauer aufstösst.

Solche Ungleichheiten lassen sich kaum ausmerzen.

Ich plädiere dafür, dass die Flüchtlinge in der Schweiz gemeinnützige Arbeit verrichten müssen, als Gegenleistung für die Sozialhilfe. Ich bin sicher, das würde ihre Akzeptanz in der Bevölkerung steigern. Wenn die Schweizer sehen, dass sich jemand anstrengt, geht ihr Herz weit auf. Viele Leute wissen auch nicht, dass 90 Prozent der ankommenden Eritreer christlicher Herkunft sind – uns kulturell also relativ nahe stehen. Muslime aus Eritrea flüchten eher in den Sudan, nicht nach Europa!

Sie sind Initiantin des «Runden Tisches für Langzeit-Migrationspolitik

2030». Ganz ehrlich: Glauben Sie, dass sich die Flüchtlingsproblematik langfristig entschärfen lässt – oder stecken wir in einer Sackgasse?

Ich bin überzeugt davon, dass wir das schwierige Phänomen noch besser managen könnten. Dazu müssten die europäischen Staaten aber endlich gemeinsam und koordiniert handeln. Derzeit scheint mir Europa wie ein Kaninchen vor einer Schlange. Erstarrt – und keiner macht den ersten konstruktiven Schritt. Auch unsere Bürger müssen erkennen, dass es sich um ein globales Problem handelt und keine Schweizer Partei ein Wundermittel dagegen in der Schublade hat.